

Sattler-Tapezierer- und Portefeuller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuller-Verbandes

Erhebt wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenfrei.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Reichsstr. 14 II
Zetnsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispalt. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-
herig. Gebühreneinbarung auf Postfach. Alfred Heibel 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsf. freitags

An unsere Verbandsmitglieder!

Werte Kollegen und Kolleginnen!

An die Disziplin der Mitglieder in den deutschen Gewerkschaften werden durch die Vorgänge der letzten Zeit hohe Anforderungen gestellt. Tägliche Sorgen aus tiefer sozialer Not zehren an der Lebenskraft vieler Volksgenossen. Die Quellen dieses Niedergangs sind die Folgen einer überlebten Wirtschaftsordnung. Unsere Aufgabe und Pflicht ist es deshalb, nach wie vor Wege aus dem Wirtschaftsniederbruch zu zeigen. Diesem Verlangen dient das Programm des ADGB zur Arbeitsbeschaffung.

Unser Bestreben wird auch in den kommenden Monaten darauf eingestellt sein, alle Erfordernisse zur Besserung sozialer und wirtschaftlicher Natur für unsere Mitglieder zu schaffen. Im Streben nach Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse wollen und müssen wir unseren Anteil haben. Das Eintreten für die soziale Besserstellung unserer Mitglieder war uns immer oberstes Gesetz. Vorbedingung dazu ist das Vertrauen zu unserer Organisation. In dieser Zeit wäre es verderblich, durch Uneinigkeit in unseren Reihen die Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Organisation aufs Spiel zu setzen. Deshalb ist jeder Zersetzungsarbeit sowohl als auch dem Kleinmut entgegenzuwirken, die sich in unseren Reihen breit machen wollen. Meidet Hader, Streit und politische Auseinandersetzung. Laßt euch nicht provozieren, bewahrt kaltes Blut, denn nur in der Geschlossenheit liegt unsere Stärke. Es gilt auch unter den veränderten Verhältnissen, unsere gewerkschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. Sorgt deshalb dafür, daß in dieser Zeit der stärksten Bedrängnis die Treue zum Verband unter allen Umständen erhalten bleibt. Jetzt zeigt sich, wer es mit seiner Organisation ernst meint.

Holt die Außenstehenden heran. Der Zusammenschluß aller Berufskollegen und -kolleginnen in unserer Gemeinschaft muß das Gelöbnis der Stunde sein. In der Ueberzeugung, daß unsere gewerkschaftliche Arbeit für sozialen Fortschritt, für Recht und Freiheit die Unterstützung aller unserer Mitglieder findet, vertrauen wir auf eure Disziplin und Solidarität. In Treue verbunden rufen wir euch deshalb zu: Stärkt die Organisation! Werbt für den Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verband!

Berlin, März 1933.

Die Verbandsleitung.

Symbol und Wirklichkeit.

Diesem Thema mögen heute einige Worte gewidmet sein, weil wir im Staate eine große Machtverschiebung erlebt haben. Die deutschnationale und die nationalsozialistische Rechte befinden sich im Vollbesitz der staatlichen Macht. Ihre Fahnen auf den öffentlichen Gebäuden tun dem Volke diesen Wandel kund. Am Radio hören wir ihn ebenfalls sehr viel verkünden, und die nicht verbotene Presse läßt es uns auch. Die Praxis bestätigt das uns Herkündete. Der Staatsapparat ist im Sinne der neuen Staatsbeherrscher umgestellt, und auf dem Gebiete der Kulturpolitik fehlt es nicht an Veränderungen, die dem neuzeitlichen Geiste angepaßt sind. Soweit soll der Wandel gern anerkannt werden. Wir verfolgen das alles, weil es uns als Staatsbürger, als Glieder eines lebendigen Ganzen lebhaft interessiert. Indes ist unser ureigenstes Tätigkeitsfeld die Wirtschaft. Und wie macht sich der Flaggewechsel dort bemerkbar?

Die Wirtschaft ist nüchtern, der Staat symbolisch. Fabrikgebäude, Zehentürme und Pantpfläste flaggen nur ab und zu. In den letzten Tagen haben sie es allerdings sehr reichlich getan. Also herrschen auch neue Gewalten im Betrieb? Kein Gedanke. Im Betrieb hat stets dessen Eigentümer geherrscht. Ursprünglich war er unumschränkter Herr im Hause, später haben die Gewerkschaften dem Arbeitnehmer ein Mitbestimmungsrecht erkämpft. So ist das Herrschaftsverhältnis geteilt worden. Verändert zumungunsten des Arbeitnehmers hat es wohl die Wirtschaftskrise mit ihrem erhöhten Druck zur Entlassung, nicht oder noch nicht die neue Fahne. Warum bist sie der Unternehmer eigentlich? Will er auf dem Fabrikshornstein nur den Wandel im

Staate anzeigen, den Betrieb nur als Ausdrucksform für staatliches Geschehen benutzen oder denkt und glaubt er nicht auch mit dem Aufziehen der neuen Fahne einen Machtwechsel im Betrieb, in seiner Domäne, symbolisieren zu müssen? Freilich ist es schwer zu sagen, was ein Fabrikdirektor denkt oder glaubt. Soweit uns jener Typ bekannt ist, strebt er unablässig seiner Wachterweiterung zu. Wachterweiterung des Unternehmers heißt aber Eingengung des Mitbestimmungsrechtes des Arbeitnehmers. Die neue Fahne, so glaubt der Unternehmer, wird ihn auf diesem Wege siegreich weiterführen. Die Fahne bekommt auch der Arbeiter zu Gesicht, und soweit er zur neu geübten Fahne steht, freut er sich sicherlich. Genau so wenig wie dem Fabrikherrn ist auch ihm die Fahne nur Ausdruck des Machtwechsels im Staate. Auch er erpicht darin den Ränder besserer Zeiten für sich. Und da sein Leben zu 10 Proz. bestimmt wird von den Verhältnissen im Betrieb, so denkt er an künftige Änderungen zu seinen Gunsten, an höhere Löhne, verkürzte Arbeitszeit, erhöhten Schutz bei Unfall, Krankheit und möglicher Arbeitslosigkeit. Sein Arbeitgeber dachte beim Anblick der neuen Fahne ans Gegenteil. Schlussfeststellung: Beide haben das gleiche Symbol, beide freuten sich, jeder dachte an etwas ganz anderes. Später wird das noch mancherlei Konflikte geben. Die Regierung wird sie lösen müssen, und wir, wir werden recht genau beobachten, wie sie sie löst.

Vielleicht ist es auch anders, als so ein simpler Artikelschreiber es annimmt. Vielleicht dachten und glaubten die Menschen, die den Flaggenauszug auf dem Fabrikshornstein sahen und begrüßten, gar nicht so egoistisch, wie uns der eigenjüchtige Zeilen-

schreiber hier weismachen will. Beide, sowohl der Unternehmer wie auch der Arbeiter, dachten volkswirtschaftlich. Sie wissen genau, daß ein Wandel im Betrieb nur erreichbar ist durch einen Wandel in der Wirtschaftsführung. Und deshalb stehen sie zum neuen Symbol. Der angenommene Wandel in der Wirtschaftsführung hat für beide doch aber nur dann etwas Begrüßenswertes an sich, wenn er es zumeist bringt, daß sich im Betriebe die Verhältnisse bessern, und das wird dann der Fall sein, wenn wieder alle Räder rundgehen. Bisher hat der Staat das verhindert, so sagt der Unternehmer. Er hat durch zu hohe Steuern, mit denen er die Krisen- und Wohlfahrtsempfänger bezahlte, die Produktion abgedrosselt. Die Gewerkschaften haben die Lohnpolitik überspannt. Die Sozialversicherungsbeiträge waren zu hoch. Systemwandel, wirtschaftlicher Flaggewechsel, heißt demnach, hier Wandel schaffen, um den Betrieb wieder rentabel zu gestalten. Der Arbeitnehmer denkt, auch wenn er volkswirtschaftlich denkt, anders. Er sagt sich, im Betriebe kann es erst wieder rund gehen, wenn die Menschen die Sachen, die da erzeugt werden, auch kaufen können. Sollen sie das, dann muß ihr Lohn oder ihre Unterstützung möglichst hoch sein. Wenn die Unterstützung hoch sein soll, dann muß allerdings auch der Beitrag zur Sozialversicherung und die Steuer entsprechend hoch sein, da ja Sozialversicherungsinstitut und Staat die Unterstützungen zu zahlen haben. Jetzt haben wieder beide das gleiche Symbol geschaut, beide sich gefreut und beide an das gerade Gegenteil gedacht.

Zu Zeiten läßt der Anblick eines Symbols das vergessen, aber diese Zeiten sind immer nur sehr kurz. Bei der praktischen Handlung tritt die Gemeinsamkeit des Symbols hinter den Lebenswillen zurück. Schiller hat einmal irgendwo gesagt, leicht übereinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen. Hier wohnen nicht einmal die Gedanken leicht beinahe. Im so kräftiger werden sich im Raume der harten Wirklichkeit die Sachen stoßen. Dabei wird der Arbeiter finden, daß ihn keine Gemeinsamkeit des Symbols davon schützt, beim Zusammenstoß der Schwächere zu sein. Erst wenn er sich zusammenschließt, wird er der Stärkere sein. Deshalb gehört trotz alledem und alledem die Zukunft der Gewerkschaft.

F. A.

Tagung der Ledertreibriemen-Fabrikanten.

Am 9. März 1933 fand in Hannover die Hauptversammlung des Verbandes der Ledertreibriemen-Fabrikanten Deutschlands statt. Da der langjährige Vorsitzende, Herr Willy Schaaf, Nachen, den Vorsitz niederlegte, wurde Herr Karl Baumgart, Berlin, zum 1. Vorsitzenden gewählt.

Am gleichen Tage hielt auch der Arbeitgeberverband der deutschen Ledertreibriemenindustrie seine Jahreshauptversammlung ab. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Herren: E. Cohen, Franz Schwabe, G. Eise und dem Geschäftsführer Dr. Gustav Mertens, Berlin. Die Tarifkommission besteht aus den Herren: E. Cohen, F. Schwabe und G. Eise; Stellvertreter sind die Herren Baumgart, Ihlele und Runtz. Das Mitteilungsblatt des Arbeitgeberverbandes, dem wir diesen Bericht entnehmen, berichtet weiter, daß die Fabrikanten einstimmig der Auffassung waren, daß die gegenwärtige Zeit weniger denn je dazu geeignet wäre, grundlegende Änderungen in der Frage der Tarifpolitik zu machen. Im übrigen laufe der zur Zeit gültige Tarif nach bis zum 31. Dezember d. J., so daß somit kein Bedürfnis für irgendwelche akute Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiete für unsere Industrie bestehe.

Ergebnisse der Kommunalwahlen.

In Preußen wurden am 12. März gemäß der Verfügung alle Gemeindeparlamente neu gewählt. Die Wahlbeteiligung war durchweg erheblich schwächer als am 5. März. In Berlin wurden allein 400 000 Stimmen weniger abgegeben als zur Reichstagswahl. Die Wahlbeteiligung war besonders schwach in den proletarischen Bezirken. Die Kommunisten haben erheblich an Stimmen verloren, während sich die SPD. trotz des Fehlens der Presse gut gehalten hat. Die Nationalsozialisten haben auch Stimmen verloren, jedoch im Verhältnis gewonnen. In folgenden Städten erhielt die NSDAP. die absolute Mehrheit: Breslau, Elbing, Frankfurt a. M., Hameln, Insterburg, Königsberg, Steffin, Tilsit und Wiesbaden. NSDAP. und Schwarzweißrot verfügen über die Mehrheit u. a. in folgenden Städten: Berlin, Altona, Butten, Brandenburg a. d. H., Erfurt, Frankfurt a. M., Gladbach-Rheydt, Gleiwitz, Görtitz, Halle, Hannover, Hersfeld, Kassel, Kiel, Koblenz, Siegnitz, Magdeburg, Potsdam, Rendsburg, Siegen und Wuppertal. Keine Regierungsmehrheit besteht in mehreren Großstädten katholischer Gegenden. So u. a. in Aachen, Bonn, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg-Essen, Essen, Hagen, Hamm, Herne, Köln, Münster, Neuß, Neumünster, Oberhausen, Osnabrück, Recklinghausen, Trier, Wanne-Eickel und Wittenberge. In den meisten Provinzialparlamenten und Kreistagen besteht eine Regierungsmehrheit. Der preussische Staatsrat erfährt ebenfalls eine entsprechende Besetzung. Die parlamentarische Regierungsmacht wird dadurch noch verstärkt.

Steigt das Arbeitseinkommen?

Das Deutsche Institut für Konjunkturforschung glaubt, daß das deutsche Arbeitseinkommen den Rückgang beendet hat und es tendenziell zum ersten Mal seit 1929 in geringem Maße zu steigen beginnt. Im Jahre 1932 betrug das Arbeitseinkommen 25,7 Milliarden Mark. Gegenüber dem Höhepunkt im Jahre 1929 mit 44,5 Milliarden ist ein Rückgang von rund 42 Proz. zu verzeichnen. Dieser Rückgang wurde bestimmt durch steigende Arbeitslosigkeit, Verringerung der Arbeitszeit und Senkung der Löhne und Gehälter. Das Arbeitseinkommen im Jahre 1932 war geringer als im Krisenjahr 1926, wo es 33 Milliarden betrug. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen des beschäftigten Industriearbeiters je Woche ist von 37 Mt. im vierten Vierteljahr 1929 auf 26 Mt. im vierten Vierteljahr 1932, also um rund drei Zehntel gesunken. Das Nettoeinkommen des Angestellten sank im Durchschnitt von 242 auf 186 Mt. Wesentlich mehr ist das Nettoeinkommen der beschäftigten Arbeiter und Angestellten gesunken. Beim verheirateten Arbeiter ist ein Rückgang um 34 Proz. und beim verheirateten Angestellten um 26 Proz. festzustellen. — Das Arbeitseinkommen insgesamt wird infolge der saisonmäßigen Verminderung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten steigen. Ob auch eine Steigerung der tatsächlichen Verdienste eintreten wird, steht bei den derzeitigen Zuständen in Deutsch-

land noch nicht fest. Vermögen die Gewerkschaften ihre Kraft zur Verbesserung der Lage der Arbeiterkraft einzusetzen, dann geht mit der Besserung der Wirtschaftslage auch eine Steigerung des Arbeitslohnes einher. Doch vermag man in dieser Beziehung die Entwicklung der Dinge nicht vorauszu- sehen. Die Erhaltung und Stärkung der Gewerkschaften ist jedenfalls die unbedingte Voraussetzung dafür, daß die Arbeiter an den besseren Erträgen einer aufsteigenden Konjunktur teilzunehmen vermögen.

Die Wiener Messe.

Ein gewisser Optimismus, der sich in den lederverarbeitenden Branchen geltend machte, wurde durch die ungewöhnlich schwierige Wirtschaftslage beeinträchtigt. In Oesterreich machen die hohen Tarife, die ins unerträgliche gesteigerten Steuern und Abgaben und die politische Verwirrung ein ruhiges Arbeiten nahezu unmöglich. Zieht man all das in Erwägung, so kann man nur saunen, wie günstig doch diesmal die Wiener Messe verlaufen ist. Sie fand im Anschluß an die Leipziger Messe statt, also verhältnismäßig spät, und zwar vom 12. bis 19. März. Ziffernmäßig scheint sie ihren Tiefpunkt diesmal überwunden zu haben, denn die Besichtigung war etwas umfangreicher als das letzte Mal. Eine arge Enttäuschung bereitete aber die geringe Beteiligung des ferneren Auslands, das bis dahin der Wiener Messe seine Treue bewahrt hatte. Der internationale und geradezu weltverbindende Charakter der Messe hatte sich aus früherer Zeit nicht ins Jahr 1933 hinübergerettet, aber die große Zahl von Besuchern aus Oesterreich selbst sowie aus dem nahen östlichen Ausland hat den Verlust wohl ziffernmäßig wettgemacht. Da jedoch die Kaufkraft in diesen Bezirken immerhin wesentlich schwächer ist als im Westen, wird sich wohl in den Folgen dieser Messe die Umstellung der Besucherschaft nicht sehr erfreulich fühlbar machen. Daß die Messe trotz allem eine ganz verblühende Anziehung ausübt, hängt einerseits mit der internationalen Geltung der Wiener Bekleidungsindustrie zusammen; wobei der Lederwarenbranche eine führende Rolle zukommt; andererseits aber auch in dem Umstande, daß die geradezu qualvollen Verhältnisse in Oesterreich für auf der Messe getätigte Abschlüsse eine wesentliche Soderung erfahren haben. Auffallend war, daß sich Deutschland nicht mit demselben Eifer wie ehedem beteiligt hat. Die deutsche Lederindustrie, Taschen- und Reiseartikelherstellung hielt sich diesmal im Hintergrund. Und ähnliche Verhältnisse sah man auch in anderen Branchen, so daß Deutschland keine Vormachtstellung auf der Wiener Messe nicht mehr zeigte.

Zumershin war die ausländische Lederindustrie, vor allem mit Mode- und Luxuslebern nicht allzu schwach vertreten. Ihre Erzeugnisse fanden Absatz nach Oskandern. Die sehr leistungsfähige Wiener Feinlederherstellung kam insbesondere in der Muster- schau von Damenhandtaschen zur Geltung. Man konnte wieder neuartige Präzessionen in Ziegenleder feststellen. Reptilleder wurde in verschiedener Ver- arbeitung und Färbung gezeigt. Interessante Exoten

waren in Menge vertreten. Es erwies sich deutlich, daß die herrschende Mode, wenn auch nur bis zu gewissen Grenzen, der Verwendung schöner und aparter Lederarten entgegenkommt. Denn die Tasche ist ja an und für sich mehr oder weniger schmucklos, wenn man von den Biegeln absieht. Die Wirkung ergibt sich also vorwiegend aus dem Leder selbst. Ganz auffallend war es, daß die Musterschau gar keinen richtigen Frühlings- oder Sommerartigen Eindruck machte, da schwarzes Leder bei weitem an erster Stelle stand und auch andere Farben meist nur in dunklen Tönungen gezeigt wurden. Helle Farben sah man verhältnismäßig selten aus Leder; zumeist waren es Sommerartigen aus Textilien, die in Weiß, in hellen leuchtenden Farben oder in Pastellfönen auftraten.

Erschwerung der deutschen Ausfuhr.

Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands mit der Tschechoslowakei erfuhren dadurch eine sehr unerfreuliche Wendung, daß nun die Tschechoslowakei sämtliche aus dem Warenhandel mit Deutschland sich ergebende Zahlungsverpflichtungen zwangsweise einem Abrechnungsverkehr derart unterwirft, daß die Zahlungen für die Einfuhr und die Ausfuhr einander ausgleichen müssen. Das heißt, es kann Deutschland dem Werte nach nach der Tschechoslowakei nicht mehr ausführen, als es selbst aus der Tschechoslowakei an Waren einführt. Da jedoch die Handelsbilanz Deutschlands gegenüber der Tschechoslowakei in den letzten Jahren stets aktiv war und trotz der Hindernisse der tschechischen Handelspolitik, die zum starken Rückgang des deutschen Ausfuhrüberschusses 1932 führten, aktiv geblieben ist, so bedeutet die neue Regelung eine schwere Benachteiligung der deutschen Ausfuhr. Erst recht könnte die Lage für die deutsche Ausfuhr kritisch werden, wenn auch andere Länder, insbesondere die skandinavischen Staaten, Holland und Belgien ähnliche Regelungen treffen würden, wofür in diesen Ländern sowohl von den eigenen Produzenten, wie auch von den ausländischen Konkurrenten Deutschlands Stimmung gemacht wird. Solche Vereinbarungen, die Deutschland dazu zwingen würden, die Ausfuhr Deutschlands auf das Ausmaß seiner Einfuhr aus den betreffenden Ländern zu beschränken, ständen vollkommen im Widerspruch zum Prinzip der internationalen Arbeitsteilung. Würde doch Deutschland als ein Land, das Rohstoffe verarbeitet, Rohstoffe von den überseeischen Ländern beziehen, die es aus dem Erlös seiner Ausfuhr vor allem nach den west- und nordwesteuropäischen Industrieländern bezog. So sind Ausfuhrbeschränkungen gegenüber den letzteren Ländern für Deutschland, auch abgesehen von den Auslandsschulden, die nur mit Export bezahlt werden können, unbedingt erforderlich, ihre Unterbindung würde daher Deutschland große Schwierigkeiten bereiten. Daher muß alles darangesetzt werden, solche verhängnisvollen Maßnahmen des Auslandes möglichst zu verhindern, wozu freilich auch erforderlich ist, daß Deutschland selbst eine Handelspolitik führt, die das Ausland geneigt macht, von solchen, die deutsche Wirtschaft stark schädigenden Maßnahmen Abstand zu nehmen.

Ergebnis gewerkschaftlicher Kraft.

Wer von einer Aufgabe auf das Tiefste ergriffen ist, der erlebt sie in sich als Zwang. Der kann von diesem Zwange nicht los. Er muß. Ob er will oder nicht.

„Es“ drängt dann in uns. So bringt die Sprache dieses Geheimnisvolle in uns zum Ausdruck. Wir fühlen diese treibenden Kräfte dann fast als etwas Fremdes in uns. Und doch ist es das echtste, ur-eigene Ich.

Es sind die Tiefen in uns, die an die Wurzel des Lebens rühren. Wenn es in uns will, dann gilt uns nichts das persönliche Leben. Wenn es über uns kommt, dann treibt uns das Tiefere, das Letzte. Wir fühlen das Wert, zu dem wir berufen. Wir spüren, daß das Heiligste des Menschen kein Drang nach Wachen über das Selbst, kein Drang nach Gemeinschaftsschaffen, nach Dienst an der großen Idee, nach Arbeit für den Verband und die Freiheit von allen ist.

So wird das Opfer zur Freude und der Kampf zur letzten Lebenspflicht. Vor uns liegt das Ziel. Jenseits von uns, im großen, im ganzen liegt der Sinn des Lebens. Dem wir dienen, opfern. In den wir glauben, weil wir ihn erleben in den feierlichsten Lebensaugenblicken als ein unabweisbares Muß.

Ohne dieses innerliche Muß geht es nicht. Der Gewerkschaftskampf kann keine Befreiung nur erfüllen, wenn er aus einer starken, glaubenden, stolischen Seele heraus gestaltet. Als Wert muß ihn jeder erleben, als Bruderwert. Als Dienst am Volk, der in uns drängt. Es muß in uns wachen, und schließlich müssen wir alles Niemas, Müßigkeit, Beengende, Trennende zurückstellen gegenüber diesem Eigenen und Großen.

Nicht jeder hat solch gewerkschaftliches Erleben gehabt. Die Zeit mit ihrem Blend getragte so manche

Menschenjense. Wir mußten unser Hirn durch den ewigen Kleinstampf des Tages überspannen, und da kam die gewerkschaftliche Seele in uns zu kurz. Es war schon so, wie von Homannstahl es einmal ausgesprochen hat, daß „die Reflexion die typische Lebensbestimmung unserer Zeit“ war.

Es ist, von geschichtlicher Höhe betrachtet, ein Ereignis im Befreiungskampfe des Volkes, daß wir heute nicht nur Probleme erörtern, sondern zugleich von solch geschichtlich notwendigem Erleben durchdrungen sind. Daß wir die Klasse erleben, die Bewegung erleben in einer Leidenschaft. Stärke und Kraft, wie es selten ist. Auf uns selbst definieren wir uns. Auf das tiefe Gemeinwesen von uns allen. Auf den einen, gemeinsamen Glauben, die eine Idee, auf diese letzten verborgenen Tiefen, aus denen das ganz Große allein wird.

Daß dieses Erlebnis der Klasse werdend wirkt! Auf alle, die zur Klasse gehören und ihr doch noch nicht verbunden sind! Es soll auch in den anderen wirken, wenn es in uns wirkt. Sie sollen ahnen, was wir erleben. Sie sollen fühlen, an welche Ideale wir glauben. Sie sollen etwas spüren von unserem gewerkschaftlichen Wollen der Freiheit, der Überwindung der Klassenzerissenheit, des Triumphs der Arbeit, des Glucks der großen Gemeinamkeit. Nicht nur mit Worten müssen wir werden, auch mit dieser Kraft der Seele, die da heute so stark ist, mit der Überzeugung, die da heute so wichtig ist. Mit dem Beispiel, zu dem es jeden ein-zeln von uns drängt.

Wenn wir so erleben, wie heute, dann will am gewaltigsten die Idee in uns. Daß dieses Leben der Idee in der Klasse heute als Ideal steht das Wort durchwegs sein, durchschlägt! Macht die Hemmungen frei, die in den anderen noch vorhanden! Schmelzt sie hinweg durch das Feuer unseres trotigen Glaubens und einer herrlichen Zukunfts-gläubigkeit! Wer von einem Sinn der Ent-

wicklung durchdrungen ist, der sieht diese Stunde als geschichtliche Stunde, die voll ist von Energien proletarischer Werbekraft und sieghafter Freiheitswollen. Will von Notwendigkeiten der Konzentration hin zu dem Massenfern, den wir bilden. Dr. G. H.

Brüderchaft — Verbandsversammlung.

Die Brüderchaften waren die älteste Art des Zusammenklingens von Kollegen. Es scheint aber bei jenen Zusammenklingern der Brüderchaften nicht immer sehr solide gewesen zu sein. So mußte bei der Bier verächtelte, daß man es mit dem Tische nicht bedenken konnte, zwei Artige zahlen, und wer einen Bruder schlug oder ihn ausschalt, hatte Ruhe zu zahlen. Wer ein ehrenrühriges Schimpfwort gebrauchte, wurde sogar ausgeschlossen.

So ist es bei uns heute allerdings nicht. Aber in einem scheint man damals doch eine strengere Auf-fassung gehabt zu haben. Wer nämlich eine Zusammenkunft der Kollegen veräumte, der wurde mit einer Mark Wachs bestraft.

Es war eine Ehrensache der Brüderchaft, daß jeder an den Zusammenkünften teilnahm. So wie es bei den Germanen die Pflicht jedes Freien war, an der Versammlung zur Rechtsprechung teilzu-nehmen. Von Urbeginn an hatte in unserem Volke ein ausgeprägtes Verantwortungsbewußtsein und ein solbärisches Pflichtgefühl.

Die Laune, die sich heute bei manchen gegenüber dem Ruf des Verbandes zur Teilnahme an der gewerkschaftlichen Zusammenkunft zeigt, widerspricht dem eigenartigen Wesen unseres Volkes. Das große Erleben, das diese Zeit für uns alle be-deutet, sollte für jeden auch eine Befinnung sein auf die Aufgaben, die wir gegenüber der Gewerkschafts-versammlung haben, da hier eine der Wurzeln unseres solbärischen Bewußtseins ist.

Das deutsche Volkseinkommen unter Kriegendruck.

Die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaft haben bisher als einzigen Ausweg aus der Krise immer wieder die Forderung erhoben, die Löhne und Gehälter abzubauen, um dadurch die Beschäftigten zu senken. In ihrer Kurzsichtigkeit haben sie sich auch nie davon überzeugen lassen wollen, daß durch diese Methode zwangsläufig eine starke Verminderung der Kaufkraft einleiten muß, deren Folge entsprechend große Verringerungen der Absatzmöglichkeiten sind. An der Entwicklung, die das deutsche Volkseinkommen im Laufe der Jahre genommen hat, wird grundsätzlich der Nachweis erbracht, daß die Methode der Kaufkraftverminderung kein Ausweg aus der Krise ist, sondern zwangsläufig zu einer Vertiefung der Krise führen muß.

Dem deutschen Vorkriegsvolkseinkommen von rund 50 Milliarden Mark entsprach im letzten Reichsgebiet ein Vorkriegseinkommen von 45,7 Milliarden Mark. Nach der Ueberwindung der Inflation in Deutschland, also vom Jahre 1925 ab, stieg das Volkseinkommen von Jahr zu Jahr bis auf 75 Milliarden Mark im Jahre 1928 und 76 Milliarden Mark im Jahre 1929. Allerdings war die Kaufkraft dieses Volkseinkommens nicht im gleichen Maße gestiegen, da die Preise für die Lebenshaltungskosten weit aus höher waren als vor dem Kriege. Im Jahre 1930 trat dann bereits ein Rückgang des Volkseinkommens um fast 10 Proz. auf rund 70 Milliarden Mark ein, während die eigentlichen Auswirkungen der Krise sich erst im Jahre 1931 deutlich sichtbar machten mit einem weiteren Rückgang des Volkseinkommens um 13 Milliarden Mark auf rund 57 Milliarden Mark.

Von besonderer Bedeutung ist natürlich die Verteilung des Volkseinkommens auf die Bevölkerungsschichten. Von dem Gesamteinkommen des Jahres 1931 mit 57 Milliarden Mark entfielen 33 Milliarden Mark auf Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger, also auf das Arbeitseinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Im Jahre 1930 hatte dieses Arbeitseinkommen fast 40 Milliarden Mark und im Jahre 1929 sogar 43 Milliarden Mark betragen, so daß ein Rückgang um fast 25 Proz. innerhalb der beiden Kriegsjahre zu verzeichnen ist!

Das Gesamteinkommen des deutschen Volkes verteilt sich auf 31 Millionen Einkommenbezieher. Es ist für die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung typisch und zugleich auch eine Erklärung für die Schwere der Krise, daß in Deutschland 18 Millionen Menschen oder rund 58 Proz. aller Einkommenbezieher bereits im Jahre 1928 nur ein Einkommen bis 1200 M., also ein Monats-einkommen bis höchstens 100 M., hatten. Weitere rund 10 Millionen Einkommenbezieher oder weitere 32 Proz. hatten Einkommen bis höchstens 3000 M., also 250 M. im Monat. Diese 28 Millionen, die also nur 64 Proz. der Gesamtheit des deutschen Volkseinkommens, während auf den zahlenmäßig geringfügigen Rest von rund 3 Millionen Einkommenbezieher 33 Proz. der Summe des Gesamteinkommens entfielen. Der überdurchschnittlich harte Rückgang der Lohn- und Gehaltseinkommen, der in der Zwischenzeit von 1928 bis 1932 eingetreten ist, stellt es außer jeden Zweifel, daß die vergrößerte Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung in noch viel stärkerem Maße das ungerade Verhältnis in der Einkommensverteilung bzw. Einkommensverteilung in Deutschland verstärkt hat.

Erfordernd kommt hinzu, daß nach vorläufigen Schätzungen für das abgelaufene Jahr 1932 ein übermäßiger Rückgang des Volkseinkommens zu verzeichnen ist, der wiederum in besonders hartem Maße das Einkommen gerade der Lohn- und Gehaltsempfänger schmälert. Man kann annehmen, daß bei der außerordentlich großen Arbeitslosigkeit und bei dem Umfang der Kurzarbeit in Deutschland das Arbeitseinkommen, das im Jahre 1931 noch rund 33 Milliarden Mark betrug, um nochmals mindestens 10 bis 15 Proz. im Jahre 1932 gesunken ist!

Verglichen mit dem bisher erreichten Höchststand vom Jahre 1929 ergibt sich allein für Deutschland die Tatsache, daß bis zum Jahre 1932 das Volkseinkommen wahrscheinlich auf unter 50 Milliarden Mark gegenüber 76 Milliarden Mark gesunken ist, also eine Schrumpfung um ein reichliches Drittel erfahren hat. In allen übrigen Ländern werden sich, wenn auch sicherlich mit erheblichen Unterschieden, demnach die gleichen Tendenzen nachweisen lassen können. Dieser Kaufkraftschwund, der in der Welt in die Hunderte von Milliarden geht, ist eine der einschneidendsten Ursachen für die Lähmung des gesamten Wirtschaftsapparates und zugleich die treibende Kraft für eine automatisch steigende Arbeitslosigkeit. Solange aus diesen Erkenntnissen nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen werden, solange also nicht durch gesetzliche Arbeitszeitverlängerung bei Aufrechterhaltung des Löhns, (sogar) außerordentlich niedrigen Lohnes neue Kaufkraft in die Wirtschaft hineinströmt, wird sich ein Ausweg aus der Krise nicht eröffnen.

Die Ernährung der Arbeitslosen und die Rückwirkung der Arbeitslosigkeit auf den Gesundheitszustand.

Dem Ausschuss für öffentliches Gesundheitswesen des Rätebundes wurde auf seiner 19. Tagung im Oktober 1932 eine Denkschrift über die Folgen der Wirtschaftskrise für das öffentliche Gesundheitswesen unterbreitet, die sich auch mit der Ernährung der Arbeitslosen beschäftigt. Die Denkschrift erörtert für Deutschland und für Großbritannien, wieviel der Arbeitslose für seine Ernährung ausgeben kann; ferner enthält sie einige allgemeine Angaben über ihren Ernährungszustand.

Aus den 1927 gesammelten Unterlagen geht hervor, daß das durchschnittliche Monatseinkommen von 29 Familien von 292,05 M. auf 206,14 M. in der Zeit der Arbeitslosigkeit fiel. Das Einkommen von 25 Familien, die bisher je 216,77 M. verdient hatten, ging bis auf 146,79 M. zurück. In beiden Gruppen umfaßt die Familie im Durchschnitt 3,7 Personen. Seit 1927 ist die Lage der Arbeitslosen ständig schlechter geworden, und die Notverordnung vom 16. Juni 1932 hat die Unterfügungen noch weiter gekürzt. Aus diesem Grunde kann man trotz der möglichen Ergänzungen des Einkommens und des Rückgangs der Lebenshaltungskosten fragen, ob die Millionen der deutschen Arbeitslosen nicht schon jetzt unter akuter Unterernährung leiden. Da viele dieser Arbeitslosen sehr lange, wie mitgeteilt wird, schlafen, wird ihr Kalorienbedarf auf diese Weise auf ein Mindestmaß beschränkt. Alle Pläne, die darauf ausgehen, die Arbeiter zu beschäftigen, ohne ihnen gleichzeitig eine der Arbeit entsprechende Ernährung zu schaffen, müssen mit Vorbehalt betrachtet werden, da verschiedene Ernährungskrankheiten besonders solche Personen leicht befallen, die, ohne ausreichend ernährt zu sein, sich schweren körperlichen Anstrengungen unterziehen müssen.

Unter Berücksichtigung der Kaufkraft von Schilling und Mark in Lebensmitteln kann der englische Arbeitslose nach den Angaben der Denkschrift, zwei bis dreimal soviel kaufen als der deutsche Arbeitslose. Wenn die arbeitslosen Familien in Großbritannien einen großen Teil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben, können sie sich ausreichend ernähren. Aber da die allgemeinen Lebensverhältnisse durchaus ungesund und die Mieten in den Städten sehr hoch sind, leiden auch in England viele städtische Familien wahrscheinlich unter unzureichender Ernährung.

Die Angaben in der Denkschrift über die Qualität der von den Arbeitslosen verbrauchten Lebensmittel beweisen ferner, daß die Arbeitslosen unterernährt sind. Von einer großen deutschen Konjunkturgemeinschaft mit 36 000 Mitgliedern, von denen 18 000 arbeitslos sind, ist beobachtet worden, daß während des letzten Jahres der Verbrauch an allen Bedarfsgegenständen um 20 bis 30 Proz. zurückgegangen ist, während der Verbrauch von Brot und Kartoffeln praktisch derselbe geblieben ist. Dies bedeutet, daß diese Lebensmittel jetzt zum großen Teil die Ernährung bilden. Gleichzeitig hat der Verkauf von geringwertiger Margarine zugenommen. Die finanziellen Schwierigkeiten haben die Arbeitslosen dazu gezwungen, von den billigen Lebensmitteln — Brot, Kartoffeln, Margarine — ohne Butter, frisches Gemüse, Eier und besonders Fleisch zu leben. Der Rückgang des Milchverbrauchs bedeutet insbesondere für die Kinder eine ernste Gefahr.

In einem weiteren Abschnitt behandelt die Denkschrift die Rückwirkung der Arbeitslosigkeit auf den Gesundheitszustand. Danach hat in vielen Bezirken Deutschlands die Unterernährung eine so schwere Form angenommen, daß sie eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheit bedeutet; denn zahlreiche Krankheiten, einschließlich der Tuberkulose, verbreiten sich leichter. Nach Darlegungen des Reichsgesundheitsamtes bedeutet das Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen ein ungeheures soziales und wirtschaftliches Elend und bildet eine Gefahr für den öffentlichen Gesundheitszustand, selbst wenn sich ihre Folgen noch nicht in Krankheiten und Sterblichkeitsstatistiken widerspiegeln. Die letzten verfügbaren Mittel der Arbeitslosen sind nach und nach aufgebraucht worden. Es ist ihnen möglich, sich mit Hilfe der Unterfügung notwendig zu ernähren, aber sie können Gegenstände des täglichen Bedarfs nicht mehr erneuern, wenn diese aufgebraucht sind. Dies führt nicht nur dazu, daß die Lebenshaltung großer Bevölkerungsteile schrittweise sinkt, sondern bildet auch für die öffentliche Gesundheit eine Gefahr, die nicht unterschätzt werden darf.

Die Gesundheitszustand der Kinder in den Volksschulen Preußens und besonders der Arbeitslosen und der Armen, der bis zum Herbst 1931 noch verhältnismäßig günstig war, ist seitdem immer schlechter geworden. Unter den Krankheiten, die in besonders auffälliger Weise zugenommen haben, treten besonders solche hervor, die infolge von Unterernährung entstehen sind, Wachstumsstörungen, Blutaemul, Skrofule, Würmer, Schmutzkrankheiten, Zahnkaries und nervöse Störungen, die zu schneller Er-

müdung und Unachtsamkeit führen. In einem Arbeiterquartier von Berlin sind viele Kinder, deren Eltern arbeitslos sind, im Gewicht und im Wachstum weit zurück und infolgedessen leicht anfällig für Tuberkulose, Hautkrankheiten und nervöse Störungen.

Unter den erwachsenen Arbeitslosen, die ein Ambulatorium des Gesundheitsamts Kreuzberg beobachtet, ist ein allgemeiner Gewichtsverlust von 3 bis 4 Kilogramm während der letzten wenigen Monate beobachtet. Von 17 gefunden Männern, die jedoch unterernährt waren, wogen 2 weniger als 50 Kilogramm, 12 weniger als 60 Kilogramm, und 2 etwas mehr als 60 Kilogramm, und einer, mit einer Größe von 1,92 Meter, 80,5 Kilogramm. Von 16 Frauen wogen 12 weniger als 50 Kilogramm, 4 mehr als 50 Kilogramm und keine mehr als 55,9 Kilogramm.

In Gelsenkirchen gemachte Beobachtungen zeigen, daß selbst für solche Arbeitslose, die noch als normaler Durchschnitt betrachtet werden können, die äußerste Grenze der Ernährung nahezu erreicht ist, vorausgesetzt, daß sich der Arbeitslose nicht anstrengt. Unter den Kindern in dieser Stadt stieg die Zahl der Tuberkuloseimpfungen um 38 Proz. in der Zeit von 1930 bis 1931. Die Zerstörung des Gesundheitszustandes der Kinder geht ebenfalls daraus hervor, daß die Zahl der bei der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit mit Tuberkulose eingeleiteten Kinder 1931 63 betrug gegen 33 im Jahre 1930 und 38 im Jahre 1929.

Ueber die seelische Verfassung, in die die Arbeitslosen unter diesen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit geraten, sagt die Denkschrift:

„Die Furcht, seine Arbeitsstelle zu verlieren, die Verdrängung infolge der vergeblichen Suche nach einer neuen, die Hoffnungslosigkeit, weil sich in absehbarer Zeit keine neue Arbeit finden läßt, untergraben nach und nach das seelische Gleichgewicht der Arbeitslosen: Furcht, Bitterkeit, Hoffnungslosigkeit, Mangel an Selbstvertrauen, tiefe Verzweiflung — das sind die Symptome seiner geistigen Verfassung.“

Wohin diese Entwicklung einen Teil der davon Betroffenen führt, haben wir in den letzten Tagen und Wochen gesehen. Das alles kann und darf uns nicht in unserem Tun beeinflussen. Der Freiheitsgedanke der leidenden Menschheit wird sich immer wieder siegreich durchsetzen.

Eine wichtige Lohnsteuerfrage.

Der Reichsfinanzhof hatte sich kürzlich mit der Frage zu beschäftigen, ob ein Haushaltsvorstand für sein über 18 Jahre altes, aber noch minderjähriges arbeitsloses Kind beim Lohnsteuerabzug die übliche Familienermäßigung zu beanspruchen hat. Diese Frage wurde bejaht. Sie dürfte eigentlich gar nicht strittig sein, da sie im § 70 des Einkommensteuergesetzes klar geregelt ist. Das scheinen aber manche Gemeindebehörden und Finanzämter nicht zu wissen, wie aus den Verhandlungen des Reichsfinanzhofs hervorgeht. In seiner Entscheidung (VI A 427/32) heißt es: Minderjährige Kinder im Alter von mehr als 18 Jahren ohne steuerpflichtiges Einkommen sind bei der Berechnung der Familienermäßigung mitzurechnen. Dabei ist zu beachten, daß Arbeitslosen-, Krüpen- und Wohlfahrtsunterstützung kein steuerpflichtiges Einkommen sind. — Maßgebend für die Zahl der zu berücksichtigenden Kinder ist in jedem Falle die Eintragung in der Steuerkarte. Diese Eintragung entspricht in der Regel dem Familienstande am 1. Oktober des vorausgegangenen Jahres. Sind an diesem Tage arbeitslose Kinder vorhanden, dann sind diese als solche in den behördlichen Verzeichnissen aufzunehmen, der alljährlich an diesem Tage von jedem Haushaltsvorstand auszufüllen ist. Bei der Ausstellung der Steuerkarte hat die Gemeindebehörde diese arbeitslosen Kinder als solche Kinder anzugeben, die bei der Berechnung der Familienermäßigung zu berücksichtigen sind. Sie kann die Mitzählung der über 18 Jahre alten arbeitslosen Kinder auf eine bestimmte Zeit beschränken, wenn sie vermutet, daß diese über kurz oder lang wieder eigenes steuerpflichtiges Einkommen haben werden. Lautet die Eintragung auf eine beschränkte Zeit, dann hat der Familienvater vor ihrem Ablauf bei der zuständigen Gemeindebehörde (nicht Finanzamt) die weitere Mitzählung des arbeitslosen Kindes zu beantragen. Wird ein über 18 bis 21 Jahre altes Kind erst nach der Personenstandsaufnahme arbeitslos, muß der Familienvater bei der Gemeindebehörde sofort eine entsprechende Berichtigung seiner Steuerkarte beantragen. Von der nächsten Lohnzahlung an gilt dann die neue Eintragung in der Steuerkarte. Ein solcher Antrag muß auch gestellt werden, wenn die Familie durch Geburt oder Annahme eines Kindes größer geworden ist; solange dies nicht geschehen ist, gilt die eingetragene Familienzahl.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Verboten wurde: Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ und die im selben Verlag erscheinenden Kopfbücher der Zeitung bis einschließlich zum 25. März.

Allgemeinverbindlich-Erklärung des Schuharbeiter-Tariffs abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hat den vom Reichsverband der deutschen Schuhindustrie...

Tariffrieden in der Textilindustrie. Zwischen dem Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie E. B. und den Verbänden der Textilarbeiter wurde eine Vereinbarung getätigt...

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Februar 1933.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verband betrug Ende Februar 1933 65,5 Proz. gegen 65,7 Proz. Ende Januar. Männliche Arbeitslose wurden ermittelt 10 935 = 67,9 Proz.

Auf die Gauen und Bezirke verteilen sich die Erwerbslosen und Kurzarbeiter wie folgt:

Table with columns: Gauen und Bezirke, Verändert haben, Diejenigen hatten, Davon waren arbeitslos, Prozent, Nicht berichtigt, Wieder-glieder. Rows include Ostgau, Dr. Berlin, Nordgau, Mittel, Deutschl., Freistaat, Sachsen, Bayern, Süd-Westg., Offenbach, Rheinland-Westfalen, and Gesamtsumme.

Berkürzt arbeiteten 2003 männliche und 637 weibliche, zusammen 2640 Verbandsmitglieder = 14 Proz. gegen 14,9 Proz. Ende Januar 1933.

Auf je 100 Verbandsmitglieder entfallen Kurzarbeiter Ende:

Table showing Kurzarbeiter per 100 members for different working hours: 1 bis 8 Stunden, 9 bis 16 Stunden, 17 bis 24 Stunden, 25 und mehr Stunden, and Gesamtsumme.

Appell der Kriegsoffer an den Reichstag.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hat dem Reichstag bereits in einer Eingabe erneute Vorschläge zur Wilderung der drückenden Not der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen unterbreitet.

- 1. Die Wiedergewährung der Kinderzulagen und Waisenrenten als Rechtsanspruch bis zum 18. Lebensjahr.
2. Die vollkommene Beseitigung der Anrechnung der Kriegsenten auf die Sozialrenten und auf öffentlichen Einkommen (§ 62 RRG).
3. Den Ausbau der sozialen Kriegsofferfürsorge und deren Finanzierung aus Reichsmitteln.
4. Die Aufbesserung der Renten der Leicht- und Schwerbeschädigten nach Weggabe der durch Ausscheiden Versorgungsberechtigter im Etat freierwerdenden Mittel.

- 5. die Vereinfachung der Zulagenbestimmungen und die Gewährung von Zulagen in allen Fällen nach den gesetzlichen Einkommensgrenzen.
6. den Schutz der verorgungsberechtigten Siedler vor Verlust ihrer Eigenheime und Senkung der Mieten für die Neubaumieter.
7. die Wiederherstellung teils in Kammanprüche verwandelter oder teils völlig aufgehobener Rechtsansprüche.
8. die Ausgestaltung des Verfahrensrechts.
9. unnderänderte Beibehaltung der gegenwärtigen Organisation der Verwaltungs- und Spruchbehörden der Reichsverföorgung.

In Erinnerung an das Kanzlerwort, wonach der Kriegsbeschädigte der erste Bürger im Staate sein soll und an die Rundgebungen des Volkstrauertages, die den Hinterbliebenen unserer Gefallenen eine gute Veröorgung in Aussicht gestellt haben, hielt sich der Reichsbund zur Einreichung dieser Petition an den Reichstag im gegenwärtigen Augenblick besonders verpflichtet.

Rundfunk kein Tendenzbetrieb.

Die III. Kammer des Arbeitsgerichts Berlin hat der Klage der drei fristlos entlassenen Rundfunkangestellten Lubczynski, Dr. Weigt und Ueher stattgegeben und die Reichsrundfunkgesellschaft zur Wiedereinstellung bzw. Entschädigung verurteilt.

In der Urteilsbegründung führte, der Telegraphen-Union zufolge, das Gericht aus, den drei Klägern sei die gefällig zulässige Hörsendentschädigung zugestanden worden. Die Klage auf Wiedereinstellung sei in vollem Umfange berechtigt. Es bestünde der begründete Verdacht, daß die Entlassungen erfolgt seien, weil man den Klägern die Zugehörigkeit zur SPD bzw. ihr Sympathisieren mit der SPD vorgeworfen habe.

Wie die Reichstagswahlen gezeigt hätten, müßte man sonst eine sehr erhebliche Millioenzahl von Deutschen dieses schweren Verbrechens für fähig halten. Hingzu komme, daß die drei Kläger bestreiten hätten, der SPD anzugehören oder mit ihr zu sympathisieren. Die Reichsrundfunkgesellschaft habe auch keine konkreten Beispiele dafür geben können, wie eine Gefährdung des Rundfunkbetriebes durch Sympathisieren mit der SPD herbeigeföhrt werden könne.

Das Gericht verneinte weiter, daß der Rundfunkbetrieb ein politischer Tendenzbetrieb im Sinne des Betriebsratsgesetzes sei. Die Reichsregierung habe sich zwar in den letzten Wochen in gesteigertem Maße bei Ministerien und bergleichen den Rundfunk bedient. Daraus könne man aber noch nicht schließen, daß der Rundfunk ein politischer Tendenzbetrieb sei. Denn zweifellos bezwecke die Reichsregierung, die Bildungs- und Beleh rungsmittel des Rundfunks allen Deutschen gleichmäßig zuteil werden zu lassen.

Schließlich komme noch hinzu, daß in der fristlosen Entlassung der Angestellten auch eine unbillige Härte gesehen werden müßte, zumal die fristlos entlassenen Angestellten ein makelloses Vorleben aufzuweisen hätten und nichts die Möglichkeit rechtfertige, ihnen ein so schweres Verbrechen wie das der Sabotage zuzutrauen.

Rundschau

Personenwechsel im Statistischen Reichsamte. Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg hat den Präsidenten des Statistischen Reichsamts Prof. Dr. Wagemann und seinen Stellvertreter Dr. Wohlmannsfetter beurlaubt. Eine Rolle bei der Beurlaubung des Leiters des Statistischen Reichsamts sollen geplante organisoratorische Veränderungen und Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Hugenberg und Prof. Wagemann gespielt haben.

Dr. Schacht Reichsbankpräsident. Der Reichsbankpräsident Dr. Luther ist von seinem Posten zurückgetreten. An seiner Stelle wurde Dr. Schacht, der schon vor Dr. Luther diesen Posten bekleidete, zum Reichsbankpräsidenten ernannt. Ein grundsätzlicher Wechsel in der Währungs politik soll mit dieser Aenderung nicht eintreten.

Neues Reichsministerium. Begründet wurde ein neues Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Der Leiter dieser Behörde ist der Propagandaleiter der NSDAP, Dr. Goebbels. Dem neuen Ministerium werden auch das Rundfunkwesen und die Film politik, die heute dem Reichsinnenministerium unterstehen, übergeben werden. Desgleichen werden gewisse Aufgaben, die heute beim preußischen Kultusministerium liegen, wie z. B. die Theater politik, an das neue Ministerium abgezweigt werden. Mit Rücksicht auf die Bildung des neuen Reichsministeriums beschloß das Reichskabinett die Auflösung der Reichszentrale für Heimatsdienst.

Arbeitsbeschaffung durch Erhöhung der Erbschaftsteuer in Schweden. In Schweden sollen öffentliche Arbeiten in größerem Umfang durchgeführt werden, die nicht allein den Zweck verfolgen, Arbeitslose und Notstandsarbeiter zu beschäftigen, sondern darüber hinaus die Wirtschaft überhaupt ankurbeln sollen. 240 Millionen Kronen sollen für ertragbringende Anlagen, insbesondere für die Elektrifizierung der Eisenbahn verwendet werden, 170 Millionen Kronen für öffentliche Gebäude, wie Schulen, Krankenhäuser usw. Der Staat beschloß sich das Geld zunächst durch eine mittelfristige Anleihe, die aus den Mehreinkünften der soeben erhöhten Erbschaftsteuer in vier Jahren zurückgezahlt werden soll. Die neue Erbschaftsteuer läßt Erbschaften unter 20 000 Kronen steuerfrei, erhöht aber die Steuer für große Erbschaften sehr stark, während die ganz großen zum größten Teil weggesteuert werden. Um das Gleichgewicht des Staatsbudgets wiederherzustellen, machte die sozialdemokratische Regierung Abstriche im Wehretat, erhöhte die Einkommensteuer und auch die Steuern auf Tabak und Alkohol.

Zufriedene Menschen. Daß die Bezüge der Vorstandsmittelglieder und Aufsichtsräte auch in der Krise nicht gering sind, dürfte allgemein bekannt sein. Die Gesamtbezüge der 14 Aufsichtsrats- und 13 Vorstandsmittelglieder der Firma Siemens u. Halske betragen im letzten Geschäftsjahr 1 155 482 Mk. Im Durchschnitt erhielt jedes Aufsichtsrats- bzw. Vorstandsmittelglied 42 700 Mk. Daß solche Bezüge heute noch gewährt werden, dürfte beweisen, daß es der betreffenden Gesellschaft nicht schlecht geht. Jedenfalls können die Leiter großer rentabler Unternehmungen mit ihrer Lage zufrieden sein.

Bierankant in America wieder frei. Das Repräsentantenhaus hat den Gesetzentwurf angenommen, durch den der Ausschank von Bier mit 3,2 Proz. Alkohol in jenen Teilen der Vereinigten Staaten genehmigt wird, wo er nicht durch ein besonderes Staatsgesetz untersagt ist.

Bücherchau

Wie ich sie wieder sah. Der große Erfolg, den das Bildenbuch 'Rein frohes Gölchen' von Paul Georg Münch gefunden hatte, ermutigte den Autor, bei der Buehergilde Ourensberg, Berlin, ein zweites Werk herauszubringen. 'Wie ich sie wieder sah' (vorzüglich ausgestattet und in Leinen gebunden 2,70 Mk.).

Münch erzählt darin von Begegnungen mit seinen ehemaligen Schülern. Er läßt seine ehemaligen Schüler und jetzt erwachsenen und oft schon von Leben gezeichneten Menschen aussprechen, was sie nach zwei bis drei Jahrzehnten über den Wert und Ertrag ihrer Schulzeit denken. Münch trifft die verschiedensten Typen und Charaktere, den ehemaligen Schüler, der im Leben durch Schicksal leben mußte, das ehemalige Schmerzenskind der Klasse, das sich aber im praktischen Leben und trotz der schlechten Schulzeugnisse einen hübschen Platz an der Sonne erobert hat, das frühe Wüchsen von ehemals, das schon als 13jährige ihre Nase in die Fuderhose statt in das Lehrbuch steckte und sich jetzt in bitterer Not befindet, den schiedelichen Rechner der Klasse, der aber jetzt als gewandter Oberkellner sehr gut mit Zahlen umzugehen weiß, und so fort. Schon die Titel 'Franz zerreiße sein Fettenbuech' und 'Ich habe meine Lante geschloeden' und 'So geht's nicht, Frau Heilmann' weisen darauf hin, daß Münch seine Lebenserfahrungen nicht plandematisch abgibt, sondern daß er sie fähig und ernsthaft auf seine kleinen Kabinettstücke verteilt. Das ist je gerade bei Reiz der Bücher von Paul Georg Münch, daß er so feinsinnig und doch dabei so geradheraus erzählen kann, daß er seine Leser unterhält und ihnen doch etwas, und etwas Wertvolles, mit auf den Weg gibt. Es wird auch das neue Buch bei den Mitgliedern der Buehergilde Ourensberg anpreisen und dazu beitragen, neue vorbildlich arbeitenden Gemeinschaften wertvoller Buchleser neue Mitglieder zuzuföhren.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen) Vom 20. März bis 26. März 1933 ist der 12. Wochenbeitrag für das Jahr 1933 fällig.

Verammlungskalender

Mitt. Dienstag, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Saal 2, Verammlung für alle Branchen. Vortrag: Kein Trinkzwang. Zeit: Die Mitgliederversammlung findet am 22. April die Kämpfe, Freilichtstraße, statt. Beginn: punkt 20 Uhr.